

Inhaltsverzeichnis

Das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Regionalpolitik <i>Mateusz Galka</i>	5
Sustainability of municipal public debt: An Austrian case study of sub-national debt management <i>Johann Bröthaler, Michael Getzner, Gottfried Haber</i>	19
Notwendigkeit und Wirksamkeit der Wirtschaftsförderung der österreichischen Bundesländer <i>Frederik Sommer</i>	33
<hr/>	
Die Autor/inn/en	46

Editorial

Der „Öffentliche Sektor“ 4/2012 widmet sich drei fundamentalen Staats- (bzw. Gesellschafts-)prinzipien, die jeweils aus einem bestimmten Blickwinkel betrachtet werden:

1) Der Subsidiarität als dem wahrscheinlich ältesten Grundsatz, der aber erst durch den Maastricht-Vertrag der EU wieder geläufig wurde und sich vereinfachen lässt mit: „erfülle die Aufgaben so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig“;

2) dem Föderalismus, einem Organisationsprinzip, das über die rechte Teil-Eigenständigkeit von Gliedern in einem übergeordneten Bündnis wacht, und hier einerseits im Kontext mit der Subsidiarität im Verhältnis zwischen EU und Mitgliedsstaaten, andererseits im Zusammenhang mit finanzieller Autonomie zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Österreich diskutiert wird, und schließlich

3) der Nachhaltigkeit, die sich als Prinzip der Ausgewogenheit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung und der Verantwortung gegenüber der kommenden Generation gerade jetzt der Bewährungsprobe stellen muss, wo ihre Hochblüte in der Mode des politischen und wissenschaftlichen Diskurses vorüber ist.

Den Einstieg ins Thema macht Mateusz Galka mit einer Herleitung des Subsidiaritätsprinzips aus der römischen Antike, seiner Prägung in der katholischen Soziallehre und der Staatstheorie, um schließlich dessen Anwendung in der EU, insbesondere der EU-Regionalpolitik, zu hinterfragen.

Trotz eines grundsätzlich „subsidiären“ Aufbaus der Regionalprogramme (Projektideen und -umsetzung kommen „von unten“, Fördergelder und Evaluierung „von oben“) weist der Autor auf erhebliche Defizite hin, was die konkrete Operationalisierung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips betrifft. Schließlich plädiert er dafür, dieses nicht auf die Bedeutung einer Kompetenzverteilung zu verengen, sondern, entsprechend seines ursprünglichen

Sinns, die Unterstützung der Einzelperson und der Zivilgesellschaft in den Vordergrund zu stellen durch eine Bürgernähe, die nicht bevormundet, sondern ermächtigt.

Noch prominenter als die Subsidiarität ist die Nachhaltigkeit in strategische Grundsatzprogramme fast aller staatlichen Ebenen aufgenommen worden. Bröthaler, Getzner und Haber gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, ob die kommunale Finanzpolitik, im Konkreten die Verschuldung der Gemeinden Österreichs, als nachhaltig zu qualifizieren ist. Ihr Befund ist zwiespältig. Einerseits ja, weil Gemeinden rasch und konsequent auf geänderte Situationen (seien diese politisch oder wirtschaftlich bedingt) reagieren, was zu einer Haushaltsstabilisierung beiträgt. Andererseits wird dies, auch aufgrund mangelnder Alternativen in kommunaler Entscheidungskompetenz, großteils durch Einschnitte bei den Investitionen erreicht, was wiederum langfristig – nachhaltig – unerwünschte Folgen haben kann.

Ohne sie explizit zu nennen, behandelt schließlich Frederik Sommer die Subsidiarität in der Gestalt von Unterstützungsleistungen der Bundesländer an wirtschaftliche Akteure (Wirtschaftsförderungen). Gemäß seiner Analyse scheint deren Volumen im Zeitablauf weniger das Ergebnis einer wirtschafts- und konjunkturpolitischen Strategie (z.B. abhängig vom Bruttoregionalprodukt), als vielmehr eines der aktuellen Budgetsituation zu sein...

Im Sinne der drei Prinzipien hoffen wir nun, dass der Zusammenschluss der Artikel zu einem gemeinsamen Themenschwerpunkt deren („föderale“) Eigenständigkeit nicht verletze, dass die Lektüre (subsidiär) zu eigenen Ideen und Lösungsansätzen anrege, und dass sie Ihnen, liebe Leser/-innen, einen nachhaltigen Gewinn bringe!

Gerlinde Gutheil-Knopp-Kirchwald